

Anmerkungen zur aktuellen Politik
Fragen und Thesen des Gesprächskreises
auf die es bisher keine Antworten oder Erwiderungen gibt

Zeitliche Abfolge einiger Erklärungen und Aussagen

1. Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi

Er ist Paneuropa-Aktivist und Träger des Karlspreises 1950. Er sagte 1925 in seinem Werk „Praktischer Idealismus“ für Europa eine „eurasisch-negroide Zukunftsrasse“ unter der Führung einer speziellen „Herrenrasse“ voraus. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.

2. Joschka Fischer

Zitat

"Deutschland muß von außen eingehegt, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden. ... Deutschland ist ein Problem, weil die Deutschen fleißiger, disziplinierter und begabter als der Rest Europas (und der Welt) sind. Das wird immer wieder zu 'Ungleichgewichten' führen. Dem kann aber gegengesteuert werden, indem so viel Geld wie nur möglich aus Deutschland herausgeleitet wird. Es ist vollkommen egal wofür, es kann auch radikal verschwendet werden – Hauptsache, die Deutschen haben es nicht. Schon ist die Welt gerettet."

Joschka Fischer, Bündnis90/Die Grünen 1970, ehemaliger Außenminister und Abgeordneter des Bundestages

<https://www.welt.de/print-welt/article423170/Risiko-Deutschland-Joschka-Fischer-in-Bedraengnis.html>

3. UNO-Bericht

In einem bekannt gewordenen UN-Bericht »Replacement Migration« (ST/ESA/SER A./206) der Bevölkerungsabteilung der UN (UN Population Division) aus dem Jahr 2001 wird die Öffnung Deutschlands für 11,4 Millionen Migranten gefordert, auch wenn das innerhalb Deutschlands zu sozialen Spannungen (»rise to social tensions«) führen werde.

Der Kampf gegen Widerstände in der Bevölkerung beim Bevölkerungsaustausch sei jedoch erforderlich, um Wirtschaftswachstum zu erzielen. Das alles diene den Interessen der Industrie. Weltweit unterstützen Wissenschaftler dieses Ziel.

Auch andere Medien griffen den UN-Bericht in Berichten und Analysen auf, so

- der „Focus“ am 20. März 2000 („Kontinent der Greise“),
- die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 12. April 2000 („188 Millionen Einwanderer zum Ausgleich?“),
- die „Welt“ am 1. August 2000 („Ohne Ausländer droht Kollaps der Sozialsysteme“).

Schon im Januar waren erste Ergebnisse vorab veröffentlicht geworden, über die Medien wie

- die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ („UN: Industrieländer müssen ihre Tore für Zuwanderer öffnen“, 8. Januar 2000),
- die „Frankfurter Rundschau“ („Verordnete Einwanderung ist kein Allheilmittel“, 12. Januar 2000) und
- „Die Woche“ („Qualifizierte Immigration“, 21. Januar 2000)

4. Politik und Ziele der Grünen

Jürgen Trittin

- „Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig.“

- “Es geht nicht um Recht oder Unrecht in der Einwanderungsdebatte, uns geht es zuerst um die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils in diesem Land....
- Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig.“
Jürgen Trittin, Bündnis90/Die Grünen; in Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 02.01.2005

Daniel Cohn-Bendit

Daniel Cohn-Bendit, Bündnis90/Die Grünen und Europaabgeordneter
„Wir, die Grünen, müssen dafür sorgen, so viele Ausländer wie möglich nach Deutschland zu holen. Wenn sie in Deutschland sind, müssen wir für ihr Wahlrecht kämpfen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir den Stimmenanteil haben, den wir brauchen, um diese Republik zu verändern.“

Daniel Cohn-Bendit in “Die Zeit” vom 22.11.1991

“Die multikulturelle Gesellschaft ist hart, schnell, grausam und wenig solidarisch, sie ist von beträchtlichen sozialen Ungleichgewichten geprägt und kennt Wandergewinner ebenso wie Modernisierungsverlierer, sie hat die Tendenz, in eine Vielfalt von Gruppen und Gemeinschaften auseinanderzustreben und ihren Zusammenhalt sowie die Verbindlichkeit ihrer Werte einzubüßen.”

Öger, Vural

([türkisch-deutscher Unternehmer](#) und [Politiker \(SPD\)](#))

„Was der gute Süleyman vor Wien (1683) nicht geschafft hat, das schaffen unsere geburtenfreudigen Türkinnen mit ihren Bäuchen in der Bundesrepublik.“

5. Flüchtlingsbetreuung in Afrika verhindert

Noch im Jahr 2010 kündigte der ehemalige EU-Kommissar António Vitorino ein Pilotprojekt für fünf nordafrikanische Staaten an:

„Zusammen mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR wollte man Tunesien, Libyen, Algerien, Marokko und Mauretanien helfen, eigene solide Asylsysteme aufzubauen und europäische Standards bei der Aufnahme von Flüchtlingen einzuhalten.“

- So könne der Zustrom nach Europa reduziert werden.
- Auch die Staatschefs von Libyen, Tunesien und Ägypten waren in dieses Konzept eingebunden und halfen bei der Kontrolle der Flüchtlingsströme.
- Ziel war, den Flüchtlingen in Afrika so gute Bedingungen zu schaffen, daß sie auf ihrem Kontinent bleiben wollen.

Mit dem Start des sogenannten **„Arabischen Frühlings“** – nachweislich von den USA gefördert – wurde das Pilotprojekt gestoppt und nicht weiter umgesetzt.

Die Länder wurden destabilisiert und Libyen unter US-Regie zerbombt. Zurück blieb ein riesiges Chaos und nicht enden wollende Flüchtlingsströme.

6. Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde 2010

mit dem "Europapreis" der "Coudenhove-Kalergi Stiftung" ausgezeichnet. Merkel betonte bei der Entgegennahme des Preises, die Auszeichnung sei ihr Ansporn, mit ihrer Arbeit für Europa engagiert fortzufahren.

7. Islamische Zeitung 03.07.2014

http://islamische-zeitung.de/?id=18089&print_view=on

Köln (dpa). In Deutschland müßten nach Meinung von Bundeswirtschaftsminister **Sigmar Gabriel (SPD)** wesentlich mehr Muslime öffentliche Funktionen bekleiden. Es fehlten muslimische Richter, Staatsanwälte, Polizisten, Schulleiter.

«Ich glaube, daß wir daran arbeiten müssen, Menschen Mut zu machen, sich sozusagen auch diesen Teil der deutschen Gesellschaft zu erobern», sagte Gabriel am Mittwochabend beim

Fastenbrechen in einer Kölner Moschee. Er war vom Zentralrat der Muslime eingeladen worden.

8. In einer Kolumne von „derStandard.at“ 7.1.2015

hat die Barbara Coudenhove-Kalergi, eine Nichte von Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi, seine Auffassungen in den Werken „Der Adel“ und „Der praktische Idealismus“ bekräftigt. <https://derstandard.at/2000010102927/Eine-Voelkerwanderung>

9. Die vier „Flows“ (Strömungen, Bewegungen) der Globalisierung nach Thomas Barnett (USA-Militärstrategie)

Er fordert einen ungehinderten Strom von Einwanderern (Flüchtlinge aus Afrika und Nahost), der von keinem Volk, keiner Regierung oder keiner Institution verhindert werden darf. Interessanterweise sieht Barnett für die EU eine Verzehnfachung der Zuwanderung vor.

Flüchtlingsströme als Mittel zur Gleichschaltung und als Waffe

In seinem Papier „Des Pentagons neue Landkarte“ sieht er den ungehinderten Flüchtlingsstrom nach Europa als eine der vier Kernstrategien zur Globalisierung und damit zum Ausbau der US-Dominanz.

Nationale Grenzen sollen aufgelöst, Rassen vermischt, dadurch Werte und Religionen abgeschafft und der Weg zu einer globalen „Neuen Weltordnung“ (NWO) geebnet werden.

Dabei geht es Barnett vor allem darum, „durch eine Vermischung der Rassen“ eine Bevölkerung zu schaffen, deren durchschnittlicher Intelligenzquotient (IQ) bei 90 liegt – intelligent genug zum Arbeiten, einfältig genug, um keinen Widerstand zu leisten.

Jährlich sollen 1,5 Millionen Zuwanderer aus der Dritten Welt in Europa aufgenommen werden, um somit eine Vermischung der Ethnien und Rassen zu erreichen.

Bei Thomas Barnett muß man wissen, daß er die US-Regierung berät sowie mit George Friedmann (von Stratfor), Georg Soros und Gerald Knaus (ESI) zusammenarbeitet.

Die Beispiele Libyen und Syrien bestätigen seine Strategie.

10. UNO-Gelder für Flüchtlinge in Syrien gekürzt

In sicheren syrischen Flüchtlingslagern befanden sich im Jahre 2014 vier Millionen syrische Kriegsflüchtlinge. Diese wurden vom UN-Welternährungsprogramm unterstützt (finanziert durch die Weltbank und zu 25 Prozent aus deutschen Steuergeldern).

Ab Oktober 2014 wurden die Zuwendungen von 27 Dollar pro Person und Monat um die Hälfte gekürzt, auf 13,50 Dollar, begründet durch einen finanziellen Engpass.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/welternaehrungsprogramm-un-kuerzen-lebensmittelhilfen-fuer-syrische-fluechtlinge-drastisch-1.2172709>

- Man hätte das Problem mit rund 40 Millionen Dollar pro Monat beheben können. „Unser Pseudo-Flughafen in Berlin kostet übrigens genauso viel im Monat, siehe www.flughafen-berlin-kosten.de .“
- Für den Haushalt 2017/18 plante Sachsen nun 1,4 Milliarden Euro für die Kosten der Zuwanderung ein. Hätte man diesen Betrag in die UN-Lager investiert, dann hätte allein Sachsen die Versorgungslücke in den Lagern insgesamt 35 Monate – also fast drei Jahre lang – schließen können.
- Wer profitiert von der Destabilisierung Europas und Deutschlands? Daß Deutschland innerhalb der EU wegen seiner wirtschaftlichen Stärke ein Problem sei: „An unseren fleißigen Leuten verzweifelt die Finanzwelt“.

11. Merkel im Fernsehen und Radio von Afghanistan

Wollen alle Menschen aus Afghanistan zu uns? Es gibt viele Menschen, die sich in ihrer Heimat wohl fühlen. Zu uns kommen vor allem junge Männer ohne Hoffnung und Lebensperspektive. Sie fühlen sich seit 2015 geradezu von uns angeworben. In Afghanistan kann man seit acht Jahren die Deutsche Welle in den beiden Landessprachen empfangen. Die

Bilder von Kanzlerin Angela Merkel auf Selfies mit Flüchtlingen, von jubelnden Deutschen am Münchner Hauptbahnhof, von Berichten über eine Million freie Arbeitsplätze haben dort geradezu eine Fluchthysterie ausgelöst. Man interpretierte dies geradezu als Aufforderung, in ein Land zu kommen, das dort als Paradies gilt.

Quelle: <https://www.wochenblatt.de/politik/regensburg/artikel/220064/kanzlerin-merkel-hat-einladungen-nach-afghanistan-geschickt>

12. Wahlprogramm 2017 der CDU - Umvolkung ist offizielles CDU-Ziel

Damit nimmt die CDU die Ziele der UNO von dem Jahre 2001 auf.

Versteckt und nicht etwa in einem Gliederungspunkt „Einwanderung Migration) u. ä. steht im Wahlprogramm für die Bundestagswahl unter dem Punkt „Sicherheit“ auf Seite 63:

„Wir wollen, dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt. Das macht es möglich, dass wir unseren humanitären Verpflichtungen durch Resettlement und Relocation nachkommen.“

Die zwei englischen Ausdrücke „Resettlement“ und „Relocation“ sind wie folgt zu übersetzen:

- „Resettlement“ ist der englische Begriff für „Umsiedlung“.
- „Relocation“ bezeichnet in der Asylpolitik laut Wikipedia „eine Umsiedlung von schutzbedürftigen Personen innerhalb der EU“.

10. EU-Kommission will Deutschland mit Migranten fluten, CDU/CSU und SPD stimmten im EU-Parlament dafür

Die Politik anhand des Sondierungspapiers der Wahlverlierer CDU/CSU und SPD werden katastrophale Auswirkungen verursachen. Ganz offen wird sich dort nicht mehr auf das Grundgesetz (Art. 16) berufen, sondern die Masseneinwanderungen sollen nach EU-Recht sogar radikal ausgeweitet werden. Erst am 16. November wurden im EU-Parlament in aller Stille die Weichen dafür gestellt. Die deutschen EU-Abgeordneten aus CSU, CDU und SPD stimmten diesen Plänen bereits zu.

Quelle:

- <http://www.journalistenwatch.com/2018/01/22/eu-kommission-will-deutschland-mit-migranten-fluten-cdu-csu-und-spd-stimmten-im-eu-parlament-dafuer/>
- <https://www.journalistenwatch.com/2018/01/27/wir-wurden-alle-belogen-eu-papier-beweist-es-ging-nie-um-fluechtlinge-sondern-um-eine-geplante-neuansiedlung/>
- http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-2434_de.htm

**"Es ist möglich, daß der Deutsche einmal von der Weltbühne verschwindet,
denn er hat alle Eigenschaften, sich den Himmel zu erwerben,
aber keine einzige, sich auf der Erde zu behaupten,
und alle Nationen hassen ihn wie die Bösen das Gute.
Wenn es ihnen aber gelingen sollte, ihn zu verdrängen,
wird ein Zustand eintreten, in dem sie ihn wieder mit den Nägeln
aus dem Grabe kratzen möchten."**

Friedrich Hebbel
Tagebücher 4. Januar 1860
18.März1813 – 12 Dezember 1863